

**Rede  
der Sprecherin für Haushalt und Finanzen**

**Frauke Heiligenstadt, MdL**

zu TOP Nr. 33

**Haushaltsberatungen 2020 - Allgemeinpolitische  
Debatte**

während der Plenarsitzung vom 17.12.2019  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen!

Ich will zu Beginn meiner Ausführungen ganz kurz auf das Haushaltsbegleitgesetz eingehen.

Die beiden Fraktionsvorsitzenden der CDU und der SPD haben ja schon darauf hingewiesen, dass wir zum einen die Mittel für die Förderung des Sports erhöhen - nämlich um rund 3,7 Millionen Euro - und zum anderen die Mittel für die Förderung der Freien Wohlfahrtspflege - um 1,5 Millionen Euro. Allerdings machen wir das nicht nur im Haushaltsjahr 2020, sondern wir verändern gleichzeitig auch die entsprechenden Fördergesetze und sichern damit sowohl dem Sport als auch der Freien Wohlfahrtspflege eine dauerhaft erhöhte Finanzierung. Das ist gut für die Ehrenamtlichen in Niedersachsen.

Mit den Mitteln der Freien Wohlfahrtspflege können wichtige soziale Projekte finanziert werden: Schuldnerberatung, Suchtberatung, Selbsthilfeprojekte. Mit den Mitteln des Sports - darauf wird sicherlich auch in den Debatten zu den Einzelplänen eingegangen - werden auch ganz wichtige andere Aufgaben im Leistungssport, aber auch im Breitensport erfüllt.

Wir haben im Haushaltsbegleitgesetz auch das Attraktivitätsprogramm für den öffentlichen Dienst niedergelegt. Der öffentliche Dienst bekommt eine Erhöhung von 60 Millionen Euro. Sie teilt sich auf in 40 Millionen Euro für die zusätzliche Sonderzuwendung zum Jahresende: 300 Euro für Beamte ab A 9 und 500 Euro für Beamte bis A 8. Das ist ein ganz wichtiges Paket. Zu dem Attraktivitätsprogramm gehören aber auch Fort- und Qualifizierungsmöglichkeiten, Home-Office- und Telearbeitsplatzmöglichkeiten sowie jede Menge Stellenhebungen.

Lassen Sie mich noch auf einen weiteren Schwerpunkt des Haushaltsbegleitgesetzes eingehen. Dabei geht es um die Erhöhung der Vollzugszulage für die Beschäftigten im Maßregelvollzug. Wir haben heute Morgen bereits davon gesprochen. Der Maßregelvollzug ist auch ein ganz wichtiger Bereich in der Landespolitik, der aber sehr selten im Fokus steht. Wir haben uns massiv dafür eingesetzt, dass auch die Vollzugszulage für die Beschäftigten im Maßregelvollzug angehoben wird, weil sie eine ganz wichtige Arbeit leisten, und auch den Personenkreis für den Bezug etwas ausgeweitet, damit viele unterschiedliche Professionen in diesem Bereich in den Genuss der Vollzugszulage kommen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, insofern hat der Haushalt Antworten auf die großen Fragen, die im Moment in der Landespolitik diskutiert werden: z. B. die Digitalisierung - ich erwähne nur das Sondervermögen - und die Fachkräfte von morgen - ich habe ein bisschen zu dem Attraktivitätssteigerungsprogramm gesagt, aber wir leisten auch mit weiteren Zulagen, z. B. für die A-12-Lehrkräfte

an Oberschulen und Grund- und Hauptschulen, einen ganz wichtigen Beitrag zur Fachkräftesicherung. Der Haushalt hat aber auch Antworten auf die Fragen zum Klimaschutz. Wir investieren allein 55 Millionen Euro in unterschiedliche Maßnahmen des Klimaschutzes - vom Klimakompetenzzentrum bis zu Waldschutzmaßnahmen und vielem weiteren mehr.

Lassen Sie mich noch ganz kurz auf die Kürzungsvorschläge der Oppositionsfraktionen eingehen. Wir haben hier gerade sowohl von den Grünen als auch von der FDP ein Minifeuerwerk an Ausgabe-wünschen gehört. Allerdings haben sie dann nicht mehr ganz so laut darüber gesprochen, wie sie sich die Finanzierung dieser zusätzlichen Ausgabewünsche vorstellen. Und das ist, wie ich finde, ganz interessant: Die FDP möchte für ihre zusätzlichen Ausgabewünsche einfach mal so eben die Globale Minderausgabe um 153 Millionen Euro erhöhen und für 50 Millionen Euro Personal einsparen. Das sind 1.000 Stellen im Landesdienst, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wo wollen Sie die einsparen? Bei den Lehrern? Bei den Polizeibeamten?

Ich denke, Sie sind noch eine entsprechende Antwort auf diese Frage schuldig.

Mal abgesehen davon, dass Sie auch die Zinsen, die auf Kredite zu zahlen sind, noch einmal absenken, obwohl wir schon mit der technischen Liste die entsprechende Zinsanpassung an das Ist vorgenommen haben. Auch das ist unseriös. Das nennt man auch Mondscheinformanzierung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Die gleiche Mondscheinformanzierung machen die Grünen, die nämlich z. B. das Sondervermögen Digitalisierung mit 700 Millionen Euro vollständig auflösen und damit Daueraufgaben finanzieren wollen, die nicht nur im Haushalt 2020 fällig werden, sondern auch in den zukünftigen Haushalten.

Aber auf die Spitze treibt es die AfD. Ich wollte in meinem Redebeitrag eigentlich gar nicht auf die AfD eingehen, weil es dieser Haushaltsantrag gar nicht wert ist.

Aber was Sie, sehr geehrte Frau Guth, hier zum Thema Inklusion gesagt haben, ist schlicht und ergreifend menschenverachtend.

Sie ist gar nicht mehr da. Einen Satz darf ich nur noch dazu sagen. Das ist vielleicht auch besser so, weil ich mich sonst für meinen Redebeitrag noch entschuldigen müsste.

Das, was sich die AfD hier geleistet hat, ist einfach unterirdisch.